



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

593 (23.12.1919) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-189078](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-189078)

unzivilisierte oder barbarische Mensch sein. Ganz nennt ihn einmal den militärischen Menschen. Das ist eine lächerliche Antithese. Wenn er sich in Deutschland umtut, wird er finden, daß die Zahl der deutschen Menschen ganz ungeheuer wächst, die den Sieg des westeuropäischen Geistes und des demokratischen Gedankens im Gangeschen Sinne als ein schweres Joch empfinden und nichts mehr erstreben als es abzuschütteln, aber nicht um wieder militärische Menschen zu werden, oder sich wieder zur „Bestallungsarmee“ zu wandeln (auch ein ganzlicher Ausdruck, er stellt dieser die Humanitätspartei gegenüber), sondern um deutsches Volkstum, deutsche Art und deutsches Wesen vor Verschlingung und Verderben zu bewahren. Dieser Kampf, der nach Ganz das Kennzeichen der Reaktion an der Stirn trägt, geht um Bewahrung der deutschen Seele, der deutschen Selbstigkeit vor der Auflösung durch den westeuropäischen Geist, Bewahrung der deutsch-völkischen Kultur vor der Verdünnung kosmopolitischer Zivilisation, die unserer tiefsten Wesen fremd ist. Das ist sein Sinn. Und wir hoffen, daß der Sieg des westeuropäischen Geistes und des demokratischen Gedankens über deutsches Volkstum und deutsche Art nur ein vorübergehender sein wird.

Das Reichsnotopfer.

Von Finanzminister a. D. Dr. Becker, Mitglied der Nationalversammlung.

Die Würfel sind gefallen: Das Reichsnotopfer ist auch in dritter Lesung von der Nationalversammlung mit großer Mehrheit angenommen worden. „Der äußersten Not des Reiches opfert der Besitz“, wie § 1 des Gesetzes so schön sagt. Auf dem Opferaltar aber liegt das deutsche Wirtschaftsleben, tot, oder durch starken Blutverlust so geschwächt, daß es sich aus eigener Kraft in vielen Fällen nicht wird aufrichten erhalten können. Erzbergerische Wegkreuerungs-politik, gestützt durch Sozialisierungsdrang seiner besonderen Freunde, der Sozialdemokraten, das z. Z. felder nur schwach entwickelte Verständnis der Zentrumsfraktion für die Bedürfnisse unserer Volkswirtschaft und die Angst des weit überwiegenden Teils der Demokratie, im Wettbewerb mit den sozialdemokratischen Gegnern um die Gunst der Massen von diesen geschlagen zu werden, haben dem Reichsfinanzminister zu einem „Triumph“ verholfen, an dem Kenner der Parteiverhältnisse zwar niemals gezwweifelt haben und der nur diejenigen über-raschen konnte, die immer noch auf die Vernunft der mög- lichen Personen glauben rechnen zu dürfen, nachdem so ziemlich alles, was auf diesem Gebiet besonderes Sachver- ständnis besitzt, sich gegen den von der Regierung vorge- schlagenen Weg der Besteuerung des Besitzes ausgesprochen hatte. Noch in letzter Stunde haben die Berliner Handels- kammer, der Reichsverband der Deutschen Industrie, die Han- delskammer Hamburg, der „Erdbare Kaufmann“, die allange- sehene Hamburger Körperschaft, ihre warnende Stimme er- hoben, und zu uns, die wir das Notopfer in der vorgeschla- genen Form von vornherein aus unseren Reihen eintützig bekämpft haben, hatten sich in den letzten Wochen noch Per- sonen, wie Gothein und andere Demokraten in Aufsicht im Berliner Tageblatt — und zwar sowohl im redaktionellen wie im Handelsstil — gestellt. Und auch bei der Schlussabstim- mung haben wenigstens einige Mitglieder der demokratischen Fraktion, wie der bereits erwähnte Abg. Gothein, Dr. Lub- wig und wenige andere gezeigt, daß ihnen vernünftige Er- wägungen höher standen als das Festhalten an dem von der Partei als richtig Proklamierten. Diese Schwertung eines selber nur kleinen Teils der demokratischen Fraktion war aller- dings schon im Ausschuß der Nationalversammlung, wie auch durch die Erklärung des Fraktionsführers Petersen in der zweiten Lesung im Plenum der Nationalversammlung vor- bereitet und fand wohl auch eine starke Stütze durch Aufhe- rungen hervorragender Parteimitglieder aus dem Bunde auf dem Leipziger Parteitag, vielleicht aber auch durch die Be- achtung, daß die demokratischen Wähler einen der- artigen Rerrat an der deutschen Volkswirt- schaft nicht ohne weiteres gutheißen würden. So hat unser folgerichtig vom ersten bis zum letzten Tag der Verhandlungen vertreten: Standpunkt, daß der Besitz Opfer bringen müsse, daß aber das Notopfer die deutsche Volkswirtschaft in vielen Fällen in Not und Elend bringen würde, wenn uns auch der Erfolg, die Vorlage in der vorgeschlagenen Form zum Scheitern zu bringen, gefehlt hat, doch den erwerbstätigen Kreisen im Wirtschaftsleben gezeigt, wo man Verständnis für ihre Interessen hat, aber auch so manchem, der nicht auf unserem Parteiboden steht, die Augen darüber geöffnet, welche Gefahren aus dem Gesetz zu befürchten sind. Mit aller Schärfe ist aber in diesen Verhandlungen von unseren Vertre- tern betont worden — und dies mag auch hier noch einmal ausdrücklich hervorgehoben werden —, daß wir uns nicht gegen den Gedanken gemeht haben, den Besitz eine neue große Belastung aufzubürden, sondern daß wir nur den vorgeschlagenen Weg für verfehlt hielten. Noch einmal ist auch in der dritten Lesung klar und deutlich sowohl durch die Fassung unseres Antrages, wie auch in seiner münd- lichen Begründung hervorgehoben worden, daß der Besitz auch nach unserer Auffassung zur Deckung des ungeheuer gewach- senen Reichsbedarfs die gleiche Summe aufbringen solle, wie sie ihm das Notopfer zumute. Ebenso scharf aber wurde auch darauf hingewiesen, daß der Weg des Notopfers verfehlt sei, einmal weil es die Abgabe nach dem mehr oder weniger zufälligen Stand des Vermögens am 31. Dezember 1919 bemesse, sodann weil es dem Besitz eine einmalige hohe Abgabe zumute, die, auch wenn sie auf 30 Jahre gestundet werde, doch in ihrer vollen Höhe ihn als Schuld belaste und ihm somit entweder direkt — bei sofortiger Zahlung — eine erhebliche Summe an Betriebsmitteln entziehe oder — bei Stundung — ihn mit einer erheblichen Schuld belaste, also in beiden Fällen sein Betriebskapital stark beeinträchtige und somit seine Konkurrenzfähigkeit in einem Augenblick vermindere, in dem der Bedarf an Betriebskapital infolge der Steigerung aller Materialpreise und aller Löhne sich vervielfacht habe. Deshalb schlugen wir im Ausschuß wie in der Nationalver- sammlung konsequent vor, das Reichsnotopfer zu ersetzen zunächst durch eine laufende, in kurzen Zwischen- räumen neu zu veranlagende und deshalb den Veränderungen des Vermögensstandes stets leicht folgende, nach progressiven Sätzen ge- staffelte Vermögenssteuer, die einmal infolge ihrer regelmäßig wiederkehrenden Veranlagung dem Vermögensstand immer folgen könne, sodann aber auch den Betrieb nur in Höhe der laufenden Jahresabgabe belaste. Um den Einheitsfuß dieser Abgabe nicht allzu hoch werden zu lassen, empfahlen wir da- neben eine Zwangsanleihe, umgelegt nach dem Ver- mögensstand bei der ersten Vermögenssteueranlagung, auszuführen, die mit 5 Prozent verzinstlich sein sollte, von deren Zinsen aber das Reich in den ersten zehn Jahren vier, in den folgenden zehn Jahren drei, in den folgenden zehn Jahren zwei und in den letzten zehn Jahren ein Prozent zu- rückhalten sollte. Diese Zinsersparnis, die von den Be-

troffenen verhältnismäßig leicht hätte getragen werden können, zusammen mit dem Ergebnis der laufenden Ver- mögenssteuer hätten ausgereicht, den gleichen Betrag aufzu- bringen, wie man ihn sich von dem Reichsnotopfer erwartet. Die Zwangsanleihe insbesondere hätte dabei den Anleihe- gläubigern zwar wenig Zinsen gebracht, aber doch immerhin ein Wertpapier in die Hand gegeben, das zu einem, wenn auch zunächst nur bescheidenen, aber nach und nach wachsen- den Werte hätte bestehen werden können.

Unser Vorschlag hat in den weitesten Kreisen Anklang ge- funden. Herr Erzberger hat es nicht besonders notwendig, vielleicht aber auch nicht für zweckmäßig befunden, sich mit ihm etwas gründlicher zu beschäftigen. Er war ja, wie er so häufig offen in der zweiten Lesung erklärte und was wir auch nie bezweifelt haben, „seiner Mehrheit sicher“ und hatte des- halb keinen Anlaß, sich mit einem sachlich nach Ansicht der berufenen Kreise des Wirtschaftslebens wohl begründeten Vor- schlag sachlich auseinanderzusetzen. Die Zukunft wird lehren, wie schwer er sich auch bei dieser Gelegenheit wieder an unserm Volke und insbesondere am deutschen Wirtschaftsleben ver- sündigt hat. Ob es aber auch nur taktisch klug war, sich einem Vorschlag gegenüber — der ihm den gleichen Abgabebetrag, wie er ihn wünschte, nur auf einem anderen Wege förmlich anbot — ablehnend zu verhalten, mag billig bezweifelt werden. Herr Erzberger konnte aber wohl diesen Weg nicht gehen, weil er nun einmal das Schlagwort von dem Notopfer des Besitzes in die Massen geworfen hatte und damit sich selbst, wie auch die Angehörigen der Mehrheitspartei, zum Sklaven dieses Schlagworts und der durch es betätigten Massen gemacht hatte.

Die Deutsche Volkspartei geht auch aus diesem Kampfe mit der Regierung und den Mehrheitspartei mit blankem Schild hervor. Sie hat mit guten sachlichen Gründen den Entwurf der Regierung bekämpft. Sie hat ebenso gut be- gründete sachliche Gegenvorschläge gemacht, die dem Reich die gleichen Steuersummen gebracht, der Volkswirtschaft aber die schweren Schäden erspart hätten. Die sie von dem Reichsnotopfer befreiten muß. Sie kann stolz darauf sein, daß sie für ihre Gedanken in der Bevölkerung, in den beteiligten Kreisen des Wirtschaftslebens, dazu aber auch in solchen Kreisen — und dies sogar im Par- lament — Freunde gewonnen hat, die parteipolitisch auf ganz anderem Boden stehen. Wied uns der Enderfolg auch ver- sagt, so werden wir doch mutig in der bisherigen Weise weiterkämpfen.

Friedbergs Rückzug.

Die Demokratische Partei-Korrespondenz schreibt uns:

Die Rede des Abg. Dr. Friedberg bei der 3. Lesung des Staats- haushalts in der preussischen Landesversammlung ist von der rechtsstehenden Presse so ausgelegt worden, als sei damit ein Angriff gegen den Fortbestand der Regierungskoalition im Reich unternommen worden. Diese Auslegung widerspricht in jeder Beziehung den Tatsachen. Der Abg. Dr. Friedberg hat zunächst einige Ge- wörter über die Verwertung von Rechtsgehobenen durch den Reichsfinanz- minister zur Sprache gebracht, mit dem Zweck, eine Aufklärung hierüber herbeizuführen. Die Aufklärung ist unterdessen durch öffentliche Erklärungen des Reichsfinanzministers selbst und des Reichsjustizministers erfolgt, so daß Herr Dr. Friedberg selbst keinen Anlaß zu nehmen braucht, die Angelegenheit als erledigt anzusehen. Im übrigen hat Herr Dr. Friedberg seine sachlichen Bedenken gegen das Reichsnotopfer vorgetragen. Es hat aber ihm ebenso wie der Landtagsfraktion völlig ferngelegen, damit einen Vorstoß gegen die Regierung zu machen, deren allgemeine Politik oder den Fortbestand der Koalition machen zu wollen, was ja für jeden Denkenden ohne weiteres schon daraus erhellt, daß dieselbe Koalition von der Landtagsfraktion in Preußen auf das Entschiedenste aufrechterhalten wird und ihrer Verteidigung gegen rechts und links der Hauptteil der Friedbergschen Rede gewidmet war.

Um den Einheitsfuß.

München, 22. Dez. (Priv.-Tel.) Der Landesvorsitz der Ba- verischen Volkspartei hat zu der Bewegung für den Einheits- fuß seine Stellung genommen. Er bekennt sich nicht, daß nicht sämtliche Parteien des Landtages sich in der selbstüberständlichen Einheitsfront, in der ein- schließlich des Abweh dieses Planes zusammengekommen haben, und erweist, daß die Vertreter der bayerischen Volkspartei diesen Be- schlüssen, welche der Reichstagsabstimmung nicht nur in Bayern, sondern auch in anderen Gebieten sehr gefährlich zu werden drohen, den allerhöchsten Widerstand entgegenbringen und daß die in der ersten Hälfte des Monats Januar 1920 stattfindende Landesversammlung der Partei zu dieser Frage Stellung nimmt.

München, 22. Dez. (Priv.-Tel.) In einer Versammlung der deutsch-demokratischen Partei erörterte der zweite Vizepräsident des Landtages, Abg. Hammerl Schmidt, die politische Lage in Reich und Bayern. Der Redner ging von der großen Not unseres Volkes aus und erzählte von einem französischen General, der vor 14 Tagen einer politischen Versammlung in Bad Dürkheim in der Pfalz als Liebermannsamtpräsident beghenohet hat. Der Offizier hat den deutschen Namen Specht und hat bei den bayerischen Wätern gehoben, kommt aus dem Elb- und ist während des Krieges zum Feinde übergegangen. (Bewegung.) So groß die Not unseres Volkes ist, es darf und kann nicht sein, daß wir zulassen, daß es sich in das Reich überträgt. Es scheint, daß mehr und mehr das Bewußtsein der Volksgenossen durchdringt, daß nur gemeinsame Arbeit die Grundlage zu einer gedeihlichen Entwicklung bilden kann. Auch daß unter Zurückdrängung der partikularen Interessen Wünsche des Bewußtseins der Reichseinheit immer tiefer Wurzel schlägt, ist ein nicht unerfreuliches politisches Zeichen. Bayern hat aufgehört, ein souveräner Staat zu sein. Eisenbahn und Post gehen an das Reich über. Selbstver- ständlich muß die Forderung erhoben werden, daß wir vollständig für alle diese Gebiete in Bayern Zentralbehörden erhalten. In der Pfalz begrüßt man die Verwirklichung als Erfüllung lang gehester Wünsche.

Der Redner besprach dann den Antrag der preussischen Mehr- heitspartei auf Bildung eines unbefristeten, in allen Einzel- heiten durchgeführten Einheitsfußes und verweist auf die Erklärung der deutsch-demokratischen Partei. Die ganze Ange- legenheit könne nach nicht klar übersehen werden, wenn der Be- griff, was der Einheitsfuß in Zukunft sein soll, noch nicht fest- gesetzt ist. In diesen Zusammenhängen betonte der Redner, daß die deutsch-demokratische Partei mit aller Entschiedenheit allen Ab- sichten, die auf eine Abtrennung der einzelnen Teile vom Reich hinauslaufen, entgegenzutreten muß. Der Einheits- fuß ist nur so bestmöglich, wenn den einzelnen Ländern oder Pro- vinzen eine Möglichkeit auf Selbstverwaltung eingeräumt wird.

Der Vortragende schloß an seine Ausführungen, die mit leb- haftem Beifall aufgenommen wurden, die Bemerkung, mit festem Willen auf dem Boden der Verfassung weiter zu arbeiten und uns aus all dem Elend hinauszuführen in eine bessere Zukunft.

Deutsches Reich.

Geschenkamt über Arbeitslosenversicherung.

Berlin, 23. Dez. (Von uns. Berl. Büro.) Die Arbeits- losenversicherung in ihrer heutigen Form läuft — darüber sind wir uns wohl alle einig — auf eine Prämierung der Faul- heit und Arbeitslosigkeit hinaus. Wofür trägt das Gesen- kenamt die Schuld an unserer wirtschaftlichen und sozialen Zerrüttung. Die Arbeitslosenversicherung in dieser Gestalt kann die Produktivität nicht haben, die Arbeitslosigkeit nicht steigern. Des- halb hat man immer wieder erklärt, daß die ganze Arbeiterfrage für die wirtschaftlichen Folgen des Umfanges der Arbeitslosigkeit mit aufkommen müßte, wenn die Arbeitslosigkeit auf ein Mindest- maß herabgesetzt werden soll. Zu diesem Ende hat man deshalb

ein Gesetz der Arbeitslosenunterstützung durch eine Arbeits- losenversicherung gefordert. Diesen Gedanken hat das Gesen- kenamt im Reichsarbeitsministerium entworfen. Gegenwärtig über die Arbeitslosenversicherung, von dem auch nach den heute üblichen Methoden der Verböderung die „Vollständige Zeitung“ bereits einiges mitzuteilen weiß. Der Entwurf umfaßt danach 17 Para- graphen. Versicherungsspflichtig sind vom 16. Lebensjahre ab Ar- beiter, Gehilfen, Befehls- und Betriebsbeamte, Wertmeister und andere Angestellte in ähnlichen gehobenen Stellen, Handlungsgehilfen und Gehilfen in Apotheken, Bühnen- und Orchestermitgliedern ohne Bild- schein auf den Ausnahmestellen der Leistungen und die Schiffbesatzungen der deutschen Seefahrzeuge und der Fahrzeuge der Binnenflottille. Arbeitslosenunterstützung erhält, wer mindestens in den zwölf Mo- naten vor Eintritt in die Arbeitslosigkeit 26 Wochen hindurch Bei- träge geleistet, wenn er arbeitsfähig ist, aber nach Beschäftigung durch den Arbeitsnachweis eine passende Arbeit innerhalb dreier Tage seit Verlassen seiner letzten Arbeitsstelle nicht gefunden und während des laufenden Kalenderjahres seinen Anspruch auf Arbeits- losenunterstützung in der Höhe von insgesamt 13 Wochen noch nicht erschöpft hat. Arbeitslosenunterstützung wird nicht gewährt, wenn der Versicherte keine Stelle infolge eines Streiks verlor für die Dauer des Streiks oder seine Stelle freiwillig ohne triftigen Grund aufgegeben hat oder wegen schuldhaften Verhaltens entlassen worden ist. Als Träger der Arbeitslosenversicherung werden die Ar- beitslosenklassen errichtet, welche den allgemeinen Orts- krankenkassen angegliedert werden. Die Aufbringung der Mittel erfolgt in der Weise, daß die Arbeitgeber und die Versicherten für jede Woche zu gleichen Teilen Beiträge entrichten. Die Beiträge des Reiches und des Gemeindeverbandes betragen je ein Viertel der eingegangenen Beiträge der Arbeitgeber und der Versicherten zusammen.

Baldige Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit.

Berlin, 23. Dez. Ein Privattelegramm der „AöN. Ztg.“ meldet aus Berlin: Die von der Verfassung vorgesehene Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit soll bald erfolgen. Der Gesetzentwurf ist bereits von den Militär- behörden ausgearbeitet und liegt dem Reichsamt vor.

Förderung der Getreideablieferung.

Berlin, 23. Dezbr. (Von unserem Berliner Büro.) Die B. V. R. widersprechen der Mitteilung, daß die Reichs- getreidestelle bereits für das ganze Wirtschaftsjahr verpfändet sei. Sie sei in Wirklichkeit nur für die allernächste Zeit ver- pfändet, und gerade deshalb hätte sie zur Förderung der Ge- treideablieferung besondere Maßnahmen vornehmen müssen.

Letzte Meldungen.

Italiens Adriapolitik.

Paris, 22. Dez. (Eig. Drahtb., ind.) Bekanntlich jubelte seiner Zeit ganz Frankreich D'Annunzio zu, als er es, insbesondere ausgestattet mit französischem Geld, ver- standen hatte, Italien in den Krieg zu ziehen. D'Annunzio hat seine Schuldigkeit getan, und die offiziellen Organe der fran- zösischen Republik begrüßen seine Niederlage hinsichtlich der Adriapolitik. Wir führen nur die Stimmen der beiden Hauptorgane des offiziellen Frankreichs an. Der „Temps“ schreibt: Die Lage ist nicht ohne Gefahr für den europäischen Frieden, sie ist ganz besonders heftig für unseren italienischen Freund. Wir suchen eine gerechte und dauernde Lösung. Wir sind 1914 in den Krieg verwickelt worden, weil Deutschland Serbien angegriffen hat, wir müssen uns darum heute auch um einen evtl. Konflikt kümmern, der an der serbischen Grenze auftreten kann. Frankreich hat naturgemäß ein Interesse, für die Erhaltung des Friedens zu arbeiten, für den inneren Frieden in Italien und für den internationalen Frieden in den adriatischen Küstengebieten. Es sei uns gestattet, in diesem Sinne einen Wunsch auszu- sprechen, den, daß D'Annunzio Flume verlassen habe, wenn die Herren Ritti und Scialoja in Paris einreisen werden. D'Annunzio hat zweifellos Italien einen Dienst leisten wollen, als er seinen Handstreich unternahm. Aber er sollte heute verstehen, was für einen schlichten Dienst er in Wirklichkeit seinem Lande erwiesen hat.

„Journal des Debats“ schreiben: Weiter war der ita- lienische Admiralstab nicht für die Neutralisierung zu haben. Er dachte immer nur an einen Flottenstützpunkt und möchte auf jedem Felsblock in der Adria seine Wimpel flattern sehen. Während der kritischen Zeit in diesem Früh- jahr, war sein Einfluß geradezu verhängnisvoll. Wenn am Samstag der sozialistische Abgeordnete Modigliani als An- wort auf Scialojas Erklärungen sagte, diese seien ein Beweis für den Bankrott der italienischen Außenpolitik, so trifft dies nicht zu, denn nur die Herrschafte- politik hat Bankrott gemacht.

Der Prozeß gegen die Mörder der Jarenfamilie.

Berlin, 23. Dez. (Von uns. Berl. Büro.) Die Brand- berichter über den Prozeß gegen die Mörder des Jaren und seiner Familienangehörigen vor dem Gericht in Bern: Die letzten Worte des Jaren Nikolaus II. seien gewesen: Das Volk wird die Bolschewisten für meinen od verfluchen. Im ganzen wurden von den Bolschewisten elf Personen erschossen: der Zar, die Kaiserin, die drei Töchter Alexandra, Maria und Anastasia und die Personen seiner Umgebung. Das Berner Gericht verurteilte alle Schu- digen am Morde des Jaren, drei ehemalige Mitglieder des Sowjets von Jekaterinenburg, ferner zwei Frauen und drei Soldaten der Roten Garde zum Tode des Erschießens. Das Urteil wurde bereits am folgenden Tage vollstreckt.

Feindselige Haltung der schottischen Schiffer.

Amsterdam, 22. Dez. (W. B.) „Allgemeines Handelsblad“ meldet aus London: Die Schiffer der Fischerfahrzeuge von Nordschottland haben beschlossen, sofort die Arbeit niederzulegen, wenn den deutschen Fischerfahrzeu- gen gestattet werden sollte, in Schottland Fische zu fangen.

Verlegung des Kongresses der Internationale.

London, 22. Dez. (W. B.) Reuter. Der Aktionsauschüß der Internationale, der in London zusammentrat, hat be- schlossen, den für Februar angelegten internationalen Kongreß in Genf bis zum 31. Juli zu vertagen und Ab- ordnung nach Rußland, Deutschland und Polen zu schicken, die dem alliierten Ausschüß in Rotterdam am 28. 2. Bericht erstatten sollen. Außerdem verlangt der alliierte Ausschüß Abänderung und baldige Ratifikation der Frie- densverträge.

Bootsunglück auf dem Bodensee.

Freiburg (Br.), 22. Dez. (W. B.) Gestern morgen len- terte auf dem Bodensee in der Nähe der Insel Reichenau, auf dem sog. Gnadenfeg, während eines heftigen Stürms ein Boot bei der Ueberfahrt von Mensbach nach Reichenau ein mit 5 Personen besetztes Boot. Alle 5 Personen sind ertrunken.

Weihnachten in Amerongen.

Berlin, 23. Dez. (Von uns. Berl. Büro.) Laut „Allge- meines Handelsblad“ wird der Kronprinz die Weihnachts- feiertage beim Kaiser in Amerongen verleben.

Sitzung des Mannheimer Bürgerausschusses

am Montag, den 22. Dezember 1919.

Oberbürgermeister Dr. Ruher eröffnet um 8.20 Min. die Sitzung in Anwesenheit von 83 Mitgliedern. Die Galerie ist schon vor Beginn der Sitzung gut besetzt. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die

Änderung des Ortsstatuts über die Einrichtung und den Wirkungsbereich der Schulkommission.

Stadtratsbeschluss: Das Ortsstatut über die Einrichtung und den Wirkungsbereich der Schulkommission sind: 1-8 unverändert. Ziffer 9: 6 Vertreter der Behörde, welche von den Mitgliedern des Lehrerkollegiums der Volksschule (Hauptlehrer und Hauptlehrerinnen, sowie diejenigen an der Volksschule wirkenden, nicht stammberechtigten Lehrern und Lehrerinnen, einschließlich der Industrie- und Hauswirtschaftslehrerinnen, welche am Tage der Abstimmung das 20. Lebensjahr zurückgelegt haben) in Vorschlag gebracht und vom Stadtrat in gemeinsamer Beratung mit dem Stadtratsordnungsreferenten gemäß § 27 Abs. 2 St.O. ernannt werden. Ziffer 10-11 unverändert. § 4. Die Vertreter der Behörde werden von dem Lehrerkollegium durch geheime schriftliche Abstimmung in Vorschlag gebracht. Die Abstimmung wird von einem Vertreter des Stadtrats geleitet. Die näheren Bestimmungen über den Vorschlag der Abstimmung werden vom Stadtrat erlassen.

Nach dem Bürgerausschussbeschluss vom 1. August und Stadtratsbeschluss vom 5. August ds. Js. sollte das Ortsstatut in der Weise geändert werden, daß die sechs Vertreter der Behörde von Ruher gewählt, nicht nur vorgeschlagen werden sollten. Das Ministerium des Innern hat mit Erlaß vom 23. August Bedenken gegen diese Änderung geäußert. In der Begründung des Einspruchs ausgeführt: Gemäß § 27 Abs. 2 der Städteordnung werden sämtliche Mitglieder einer bestehenden städtischen Kommission in einer gemeinsamen Beratung des Stadtrats und des Stadtratsordnungsreferenten ernannt. Mit dieser Bestimmung steht das vorgeschlagene Ortsstatut in Widerspruch, als die 6 Vertreter der Behörde seitens des Lehrerkollegiums der Volksschule in die Kommission gewählt werden sollen. Wie haben bereits im Jahre 1906 bei Genehmigung des früheren Ortsstatuts in einem Schreiben an das Unterrichtsministerium zum Ausdruck gebracht, daß die nach den Bestimmungen dieses Statuts vom Lehrerkollegium zu wählenden vier Vertreter jedenfalls vom Stadtrat noch bestätigt werden müssen, müssen aber bei der zunehmenden Verringerung des Ortsstatuts auf vier rechtlich klaren Stellung unannehmbar bleiben, als die Zahl der Vertreter der Behörde von 4 auf 6 erhöht werden soll und heute gerade als früher die Gefahr besteht, daß andere Stände oder Gruppen in ähnlicher Weise nicht von den gewählten Organen der Gemeindeverwaltung zu ernennende Sondervertretungen in den städtischen Kommissionen fordern könnten. Dies würde aber zu einer den Interessen der Gemeinde schädlichen Abschwächung des Einflusses der gewählten Organe der Gemeinde führen. Im allgemeinen wird bei geänderter Änderung des Ortsstatuts große praktische Bedeutung nicht zukommen, da die Vorschläge des Lehrerkollegiums wohl im allgemeinen Berücksichtigung finden werden. Glaubens Stadtrat und Stadtratsordnungsreferent jedoch in einem Einzelfalle aus zwingenden Gründen von den Vorschlägen des Lehrerkollegiums abgehen zu lassen, so ist auch damit die Notwendigkeit der vorstehenden Änderung dargetan. Die Bedenken des Ministeriums sind, so wird in der Begründung weiter ausgeführt, rechtlich begründet, weshalb eine neue Fassung der betr. Bestimmungen des Ortsstatuts nötig wird. Die den Bestimmungen des § 27 Abs. 2 der Städteordnung Rechnung trägt. Die neue Fassung sieht deshalb vor, daß die sechs Vertreter der Behörde von den Mitgliedern des Lehrerkollegiums in Vorschlag gebracht und vom Stadtrat in gemeinsamer Beratung mit dem Stadtratsordnungsreferent gemäß § 27 Abs. 2 der Städteordnung ernannt werden. Nach den eingehenden Erörterungen wird das Ortsstatut in der jetzt vorliegenden Fassung die staatliche Genehmigung finden.

Stv. B. Jhrig (Dem.) begründet die Vorlage mit dem Hinweis, daß die Angelegenheit nun zum zweiten Male den Bürgerausschuss beschäfte. Redner hat sodann Kenntnis von den Beschlüssen des Ministeriums zu dieser Frage, wonach sich das Ministerium im allgemeinen auf den Standpunkt stelle, daß die Vorschläge der Lehrer nicht Berücksichtigung finden sollen.

Stv. Ludwig Haas (Deutschl.) erklärt sein Einverständnis mit der Vorlage, gibt jedoch dem Wunsch Ausdruck, daß die Wahlen für die Schulkommission dahingehend vorgenommen werden. Im Interesse der Schule liege es, daß die Kommission sich bald zusammensetze. Stv. Hertel (Soz.) behauptet ebenfalls, daß die Schulkommission zu spät zusammengesetzt wird. Vom Ministerium ist dem Redner mitgeteilt worden, daß dasselbe die Vorschläge absolut nicht verweigert. Das Verbot der Verspätung liegt daher lediglich an der Stadtverwaltung. Seine Fraktion stimmt der Vorlage zu; sie erwartet jedoch, daß keinerlei Beeinträchtigung des Wahlrechts der Lehrer stattfindet.

Stv. B. Jhrig (Dem.) gibt einen kürzeren Rückblick auf die Verhandlungen und betont, daß in die Kommission nur Leute hineingehören, die etwas von der Sache verstehen. Ein großer Fehler liegt darin, daß man nicht einen einzigen Vertreter einer Schulabteilung in die Kommission hineingewählt hat. Ein Oberlehrer bekommt viele Gelegenheiten in die Hände. Redner erinnert an die verschiedenen Nachfahrts-Einrichtungen, an die Zwangs- und Fürsorgeerziehung. Ein Oberlehrer hat in dieser Beziehung eine viel größere Erfahrung. Es sei falsch, wenn gemeint werde, daß ein Oberlehrer nur die Interessen der Oberlehrer in der Kommission vertreten wolle.

Stv. Hertel (Soz.) steht auf einem anderen Standpunkt und trägt die vorgebrachten Gründe des Redners zu entkräften. Die Lehrer wollen nur Leute ihres Vertrauens in die Kommission. Redner erklärt, daß er von seinen Ausführungen im August nicht abweiche und die vom Redner vorgeführten Gründe für die Wahl eines Oberlehrers in die Kommission nicht anerkenne.

Stv. A. Appel (U. S. P.) kann sich den Ausführungen des Stv. B. Jhrig auch nicht anschließen, denn es liegen darin ganz unheimliche Anklagen zum Vorschein. (Heiterkeit.) Seine Fraktion wünsche keine Klagen, sondern Vertreter der Behörde.

Stv. B. Jhrig verweist auf das rote Sachfen, wo die Lehrerliste eingeführt sind und wo ein sozialdemokratischer Kultusminister an der Spitze sei. (Zuruf des Stv. Appel: Aber kein U. S. P. Heiterkeit.) In Sachen habe man auch die Schulleiter in die Kommission gewählt. Redner tritt entgegen, daß in der Kommission ein Zusammenarbeiten derjenigen stattfinden müsse, die etwas von der Sache verstehen und auch genügend Vertreter der Behörde in die Kommission gewählt werden, daß ein schönes, harmonisches Arbeiten ermöglicht wird.

Stv. Hertel (Soz.) bedauert, daß die Oberlehrer von der Kommission ausgeschaltet werden. Man könnte fast glauben, daß man Angst hätte vor den Oberlehrern.

Stv. Zimmermann (Soz.) unterstreicht die Darlegungen des Stv. Hertel. Im Prinzip habe sich Stv. Hertel nicht gegen die Oberlehrer geäußert.

Stv. Hertel (Soz.) wünscht zum dritten Male das Wort. Stv. Böttger will sich in den Oberlehrerfall nicht einmischen, sondern Kenntnisse geben über den Gang der Verhandlungen. Die Vorarbeiten für die Wahl seien so gut wie abgeschlossen. Man könne annehmen, daß die Schulkommission noch während der Weihnachtsferien tagt und daß alle Schulfragen zur Befriedigung der Bürgerausschusses ausfallen.

Damit war die Rednerliste für diesen Punkt erschöpft. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Einrichtung von etatmäßigen Lehrstellen für Geistliche an höheren Lehranstalten.

Stadtratsbeschluss: In Uebereinstimmung mit dem Unterrichtsministerium werden an den nachgenannten höheren Lehranstalten 4 etatmäßige Stellen für Religionslehrer mit den Rechten eines etatmäßigen Lehrers zur Besetzung durch Geistliche er-

richtet und zwar: am Realgymnasium je eine Stelle für einen evangelischen und einen katholischen Geistlichen, an der Oberrealschule eine Stelle für einen katholischen Geistlichen, an der Lessingschule eine Stelle für einen evangelischen Geistlichen. Die erforderlichen Wirtschaftsmittel werden bewilligt.

Begründung: Das Ministerium des Kultus und Unterrichts beabsichtigt infolge Ansetzung des Erzbischöflichen Ordinariats für die Erteilung des katholischen Religionsunterrichts am Realgymnasium und an der Oberrealschule je eine etatmäßige Stelle für Religionslehrer mit den Rechten wissenschaftlich gebildeter Lehrer und infolge Ansetzung des Evangelischen Oberkirchenrats für die Erteilung des evangelischen Religionsunterrichts je eine etatmäßige Stelle am Realgymnasium und an der Lessingschule, im ganzen sonach 4 Stellen zu errichten und sie mit Geistlichen zu besetzen. Die Stellen werden im Staatsvoranschlag 1920 vorgesehen werden. Hierzu ist, da es sich um Anstellungen handelt, an denen die Gemeinde beteiligt ist, die Zustimmung der Gemeinde erforderlich. Die einem wissenschaftlich gebildeten Lehrer, demnach auch einem Geistlichen, zuzuwendenden Pflichtstunden dürfen 22 in der Woche nicht übersteigen. An den vorgenannten Anstellungen beträgt die Zahl der im laufenden Schuljahr zu erteilenden katholischen und evangelischen Religionsstunden teils 22, teils erheblich mehr. Die Gelegenheit, etatmäßig anzustellende Geistliche mit Religionsunterricht voll zu beschäftigen, ist somit gegeben. Gegenwärtig wird der Religionsunterricht durch Geistliche in der Eigenschaft als Nebenlehrer gegen eine Vergütung von derzeit 180 M. für die Wochenstunde erteilt. Für 22 Wochenstunden würde die Gesamtvergütung nach diesem Einheitsfuß 3960 M. betragen; sie belastet die Stadtgemeinde allein. Für etatmäßige Religionslehrer aber hat nach den Satzungen die Stadtgemeinde in Höhe des Anfangsgehalts mit nur 2500 M. für jeden Geistlichen aufzukommen, aus der Errichtung der 4 etatmäßigen Religionslehrerstellen ergibt sich somit für die Stadtgemeinde eine Ersparnis.

Stv. B. Jhrig begründet die Vorlage und empfiehlt ihre Annahme. Stv. Dreifuh (Soz.) erklärt, daß seine Fraktion sich der Abstimmung enthält.

Stv. Köppl (U. S. P.) erklärt, daß seine Fraktion der Vorlage die Zustimmung versagt, da man einerseits für die Vermehrung der geistlichen Lehrstellen eintrete und andererseits niemals etwas Richtiges für die Volksschule getan habe. (Lebhafter Widerspruch bei den übrigen Parteien.)

Stv. Weber (U. S. P.) spricht unter Heiterkeit des Hauses von einer „Verbildung“ des Volkes.

Stv. Appel (U. S. P.) bemerkt, daß, wenn für die Vermehrung der Lehrstellen Mittel da seien, müßten auch für die Befestigung von Poppelstein Mittel vorhanden sein.

Stv. Roedel (Zentr.) behauptet das passive Verhalten der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion.

Stv. Dreifuh (Soz.) bittet den Oberbürgermeister, die Sitzung auf 5 Minuten zu verlagern, da bei verschiedenen Kollegen seiner Fraktion Bedenken gegen die Vorlage bestehen.

Oberbürgermeister Dr. Ruher erklärt, er werde dem Ersuchen, wann auch sehr ungern, entsprechen.

Nach Wiederbeginn der Sitzung erklärt Stv. Dreifuh (Soz.), daß seine Fraktion zu einem Teil der Vorlage geschlossen dagegen stimme, zum andern Teil die Abstimmung freigegeben habe.

Nach kurzen Bemerkungen des Stv. Dr. Keelinger (Dtschl.) wird abgestimmt, wobei sich ergibt, daß die Vorlage mit 48 gegen 37 Stimmen angenommen wird.

Wettbewerb für die Bebauung des Baugebiets Schafweide und Altwasser.

Stadtratsbeschluss: „Zur Deckung der Kosten des Wettbewerbs über die Bebauung der Gemarkung Schafweide und Altwasser werden weitere 6500 M. aus Anlehensmitteln bewilligt.“

Begründung: Das Ausschreiben für den Wettbewerb für die Bebauung der sog. Schafweide ist bereits im Jahre 1914 ergangen. Als der Krieg ausgebrochen war, mußte das Unternehmen zunächst aufgegeben werden; später ist ein neuer Termin für die Einreichung der Arbeiten bestimmt worden (Sommer 1919). Drei Preise waren ausgesetzt: ein erster zu 4000 M., ein zweiter zu 3000 M., ein dritter zu 2000 M. Das Preisgericht hat vier Arbeiten für den Preis würdig bezeichnet und erachtet, daß die Arbeiten gleichwertig seien; zugleich hat es ausgesprochen, daß bei der gewählten Arbeit, die in diesen Entwürfen gezeichnet worden sei, und bei dem Umstand, daß die meisten Arbeiten zu einer Zeit ausgeführt worden sind, in der bereits eine starke Gebäudefortsetzung eingetreten war, in der also die Materialien und die Löhne der Hilfskräfte stark verteuert waren, eine Erhöhung der Preise dringend zu empfehlen sei; das Preisgericht hat der Preis zu je 3000 M. für richtig gehalten. Außerdem hat das Preisgericht drei, nicht nur zwei Entwürfe, wie es im Ausschreiben vorgesehen war, für den Verkauf empfohlen und gleichzeitig einen Verkaufspreis von 1500 M., nicht von 500 M. Den Ausführungen des Preisgerichts muß beigetreten werden. Hierdurch entsteht ein Mehrbedarf von 6500 M., der aus Anleihen zu entnehmen ist.

Stv. A. Koll (Zentr.) empfiehlt die Annahme der Vorlage.

Stv. Ludwig Haas (Deutschl.) spricht seine Anerkennung über die Entwürfe aus und gibt dem Wunsch Ausdruck, daß noch mehrere Entwürfe angekauft werden. Auf 1000 M. komme es in diesem Falle auch nicht an.

Stv. Vogel (Dem.) schließt sich den Rednern an. Oberbürgermeister Dr. Ruher glaubt nicht, daß mehrere Entwürfe angekauft werden können.

Die Vorlage wird darauf einstimmig angenommen.

Zuschußgeschäft des Mannheimer Mutterhauses E. A.

Stadtratsbeschluss: „Dem Mannheimer Mutterhaus E. A. wird für das Jahr 1919 ein weiterer Zuschuß bis zu 28 000 M. zum Betrieb des Wäters- und Säuglingsheims Redarau bewilligt, weitere Zuschüsse können auf Nachweis des Bedürfnisses bis zum Betrage von 25 000 M. gewährt werden. Die Mittel sind aus „Annerberg-Gehens“ des Hauptvoranschlags zu nehmen.“

Begründung: Der Mannheimer Mutterhaus E. A. hat bereits mit Zustimmung des Bürgerausschusses vom 3. Oktober 1919 einen Zuschuß zum Betrieb des Wäters- und Säuglingsheims Redarau in Höhe von 25 000 M. erhalten. Bei der finanziellen Bedrängnis des Vereins mußten aber schon anfangs Juni 1919 hiervon 10 000 M. als Voranschlag gewährt werden. Bei der Auszahlung des Restbetrages von 15 000 M. Mitte Oktober war der Verein infolgedessen noch weiter in finanzielle Schwierigkeiten geraten, als seine Dankschulden inzwischen auf über 20 000 M. angewachsen waren. Der Verein hat deshalb um Übernahme des sich aus dem Weiterbetrieb des Wäters- und Säuglingsheims ergebenden Restbetrages auch für den Rest des Jahres 1919 nachgeholt, ein Verlangen, das vorerst unberücksichtigt bleiben mußte, weil zu dieser Zeit die Höhe des Restbetrages auch noch nicht annähernd feststand. Auch schon vorher war eingehend dargelegt worden, daß es dem Verein ganz unannehmlich sei, das Wäters- und Säuglingsheim ohne ausreichenden Zuschuß weiterzuführen. Der Verein ist übrigens nicht abgeneigt, das Heim in der Weise an die Stadt abzutreten, daß er nur noch keine bewährten Arbeiterkräfte zur Verfügung zu stellen brauche, während die finanziellen Kosten der Stadt verbleiben sollten. Die Verhandlungen hierüber sind zur Zeit noch im Gange; es kann aber wohl schon jetzt gesagt werden, daß das Wäters- und Säuglingsheim Redarau demnach in dem Betrieb der Stadtgemeinde übergehen wird. Der Verein hat neuerdings mitgeteilt, daß er Ende Dezember 1919 mit einem voraussichtlichen Restbetrag von rund 28 000 M. abzurufen werde, um seinen Liebernahme zu bitten. Dem Verlangen ist entsprochen werden, wobei hervorgehoben werden muß, daß der Betrag von 28 000 M. nur solange die Stadtkasse belasten wird, als die Verpfändung des Wäters- und Säuglingsheims noch nicht erfolgt ist, denn mit der Übernahme des Betriebes wird zugleich auch das in dem Wäters- und Säug-

lingsheim untergebrachte Inventar im Schätzungswerte von etwa 60 000 M. in das Eigentum der Stadt übergehen. Der Betrag von 28 000 M. wird vorläufig auf diese Summe gewährt. Wenn zugleich um die Ermächtigung nachgeholt wird, daß weitere Zuschüsse an den Verein vorerst auch ohne die Zustimmung des Bürgerausschusses gewährt werden dürfen, so geschieht dies deshalb, weil nicht angenommen werden kann, daß die Verpfändung des Wäters- und Säuglingsheims schon am 1. Januar 1920 durchgeführt ist. Bis zur Uebernahme des Heims durch die Stadt bedarf aber der Verein auch nach dem 1. Januar 1920 unbedingt der erforderlichen Mittel, um den Betrieb nicht einstellen zu müssen.

Stv. B. Pfeiffle (Soz.) befürwortet die Vorlage. Stv. Frau Hauser (Dem.) (schlecht verständlich) spricht für Gewährung des Zuschusses und für einstimmige Annahme der Vorlage.

Stv. Frau Bieler (Soz.) tritt gleichfalls für die Vorlage ein, da bei den teuren Lebensverhältnissen die Anstalt nicht ohne Zuschuß auskomme. Bei Gelegenheit bedankt sie sich für die Besichtigung der Anstalt durch die Mitglieder der Kommission, hat stets den besten Eindruck erhalten.

Stv. Böttger verweist darauf, daß das Mutterheim in städtische Verwaltung übergeführt werde. Es ist dies der erste Schritt der Kommunalisierung an solchen Heimen. Stv. Frau Hauser hat auf die legerische Tätigkeit des Mutterheims aufmerksam gemacht. Wir danken den Damen des Heims und verbinden damit den Wunsch, daß sie auch fernerhin die Anstalt unterstützen.

Oberbürgermeister Dr. Ruher bittet die Bürgererschaft auch fernerhin die Anstalt zu unterstützen. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Ausbaggerung des Bellenkrippens im Waldpark Redarau.

Der Stadtrat hat für die Ausbaggerung des Bellenkrippens und die damit zusammenhängenden Arbeiten (Beseitigung der Wallertümpel usw.) im Waldpark Redarau und auf der Reich-Anlei einen weiteren Kredit von 550 000 M. bewilligt, der aus Anlehensmitteln mit einer Verwendungsdauer von 10 Jahren zu entnehmen ist, soweit nicht der Rückerschlag aus Reichs- und Staatsbeiträgen erzielt werden kann.

Oberbürgermeister Dr. Ruher gibt Kenntnis davon, daß von Seiten der Zentrumsfraktion kurz vor Sitzungsbeginn eine Resolution, wonach das bei der Ausbaggerung gewonnene Material für den Straßenbau nach Sandhofen verwendet werden soll, eingegangen sei. Der Oberbürgermeister bedauert, mit Rücksicht auf die Geschäftsordnung die Besprechung der Resolution nicht zulassen zu können.

Stv. B. Pfeiffle (Soz.) begründet hierauf die Vorlage. In eine Besprechung der Resolution könne infolgedessen schon nicht eingetreten werden, als man die finanziellen Tragweite der Resolution nicht ermessen könne.

Stv. Dr. Roedel ist der Ansicht, daß man es in der Bürgererschaft nicht verstehen könne, eine halbe Million für eine solche Arbeit auszugeben. Man habe Auslagen gerade genug. Kostlandsarbeiten müßten allmählich abgebaut werden. Solchen Luxusarbeiten könne die Zentrumsfraktion nicht zustimmen. Wir stellen uns grundsätzlich gegen die Finanzpolitik der Stadt. Kostlandsarbeiten sind keine Arbeiten, wie wir in der letzten Sitzung gehört haben. Jedenfalls sind die Kostlandsarbeiten nicht geeignet, die Arbeitslust zu fördern, sondern die Arbeitsmüde. Redner erklärt, daß seine Fraktion die Vorlage ablehne.

Oberbürgermeister Dr. Ruher wirft die Frage auf, ob man jetzt mit der Arbeit aufhören könne.

Baudirektor Eisenlohr verbreitet sich zum Standpunkt des Technikers über die Vorlage und erregt sich in detaillierten Ausführungen über die Arbeiten. Diese bieten vor allem Schutz bei Hochwasser. Würden die Arbeiten eingestellt, so würden die bisherigen Vorbereitungen wertlos sein.

Stv. B. Pfeiffle (Soz.) erinnert daran, daß schon der Oberbürgermeister Dr. Beck ein großer Liebhaber der Ausbaggerung des Bellenkrippens gewesen sei. Würden wir heute mit den Arbeiten im Waldpark aufhören, so könnte man dieses in der Bürgererschaft nicht verstehen. Die Vorlage sei daher recht gut in der Bürgererschaft zu vertreten.

Stv. Ludw. Haas ist gegen die Vorlage und schließt sich den Ausführungen des Stv. Dr. Roedel an. Besser sei es, die Arbeiten abzubrechen. Redner kommt auf Kostlandsarbeiten zu sprechen, wird aber vom Oberbürgermeister darin unterbrochen.

Baudirektor Eisenlohr äußert sich auf die Aufforderung des Oberbürgermeisters nochmals über die Arbeiten im Waldpark. Der Zweck der Arbeiten im Bellenkrippen sei der, diesen schäblich zu machen. Dieser Zweck werde durch die Vorlage erreicht. Weitere Arbeiten seien ausgeschlossen.

Stv. Scheerer (U. S. P.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu dieser Vorlage und wendet sich in längeren Ausführungen gegen die Darlegungen des Stv. Dr. Roedel und Ludw. Haas.

Oberbürgermeister Dr. Ruher glaubt, wenn man die Schanzenanlage im Waldpark verreise, doch schon etwas Gutes erreicht sei.

Stv. Berrey (Deutschl.) macht darauf aufmerksam, daß das Projekt heute das zehnfache koste, wie zu Zeiten Dr. Beck's. Betrachtet man die Vorlage, so ist der größte Teil der Eingeringelung erhöhte Löhne zurückzuführen. Man müsse einen Robus finden, um die Arbeitslust bei Kostlandsarbeiten zu fördern.

Stv. Dr. Jeselehn (Dem.) stellt an Baudirektor Eisenlohr die Anfrage, ob durch die Vorlage die Wallertümpel beseitigt, ob die Schanzenanlage eingebümmelt und bisher tatsächlich schon Erfolge erzielt wurden. Treffe dies zu und verlöre der Betrag aus, so stimme seine Fraktion für die Vorlage schon im Interesse der dort beschäftigten Arbeiter.

Stv. Kreuz (Soz.) glaubt, daß bei weiteren Vertheilungsmöglichkeiten nach Heidelberg der Waldpark mehr frequentiert werde. Auch diejenigen Leute, die Heidelberg bisher den Vorzug gaben, würden dann gern in den Waldpark gehen. Redner plädiert in seinen weiteren Ausführungen für Annahme der Vorlage.

Stv. Stamm (Zentr.) nennt den Bellenkrippen ein „Millionengrab“, wie schon Stv. Ludw. Haas gesagt habe. Es sei nicht immer gesagt, daß wer A sagt auch immer B sagen muß. Das Projekt rentiert sich nicht und ist auch vom gesundheitlichen Standpunkt nicht empfehlenswert.

Stv. Schwarz (U. S. P.) konstatiert, daß die Ueberschreibung des Voranschlags zahlenmäßig richtig sei. Dagegen, daß man das Projekt liegen ließ, sei es verteuert worden. Mit den anderen zurückgestellten Arbeiten gebe es ebenso.

Stv. Knobel (Dem.) hält eine Fortsetzung der Arbeiten für unbedingt erforderlich. Werde die Arbeit eingestellt, so muß die Stadt zahlen ohne Arbeit. Redner bittet der Vorlage zuzustimmen.

Stv. Dr. Roedel (Zentr.) kann es verstehen, daß der Stadtrat so warm für die Vorlage eintritt. Die Finanzpolitik der U. S. P. habe ihn aber geradezu erschreckt. Man habe von dieser Seite Zusprüche gebraucht, als ob die Mannheimer Schuld am Weltkriege seien. Die Schnaken sind die einzigen, die Freude an der Vorlage haben. (Heiterkeit.) Redner bemerkt, daß er gestern zu Fuß nach Ludwigsburg gefahren sei. Er hätte sich außerordentlich gefreut, wenn er einen der U. S. P.-Leute getroffen hätte. (Heiterkeit.)

Stv. Schütz (Soz.) hält die Taktik des Redners für unrichtig und wünscht Annahme der Vorlage.

Stv. Weber (U. S. P.) führt unter der Heiterkeit des Bürgerausschusses aus, daß er die Sache da draußen am besten wisse, da er sozusagen in der Nähe geboren sei. Redner ist von Redarau. D. Schütz.

Stv. Schwarz (U. S. P.) verbreitet sich nochmals über die Gründe, die ihn für Annahme der Vorlage bestimmen.

Stv. Köhler (Zentr.) spricht über die Resolution des Zentrums. Die Zentrumsfraktion ist nicht Gegnerin des Projekts, sondern will produktivere Arbeiten den Vorzug geben.

mit dieser treffenden Kennzeichnung ebenso den Beifall der nicht-freiwirtschaftlichen Mitglieder des Kollegiums, wie mit der Feststellung, daß man es ablehne, mit den Unabhängigen über den Wert oder Unwert des Religionsunterrichts zu debattieren.

Eine längere Aussprache veranlaßte die Ausbaggerung des Bellengrabbens im Waldpark. Ein Dr. Roser sprach sich namens seiner Fraktion gegen die Vorlage aus, weil man die Verantwortung für denartigen Ausbaggerungen nicht mehr tragen könne.

Aus Stadt und Land.

* Verlegt wurde Hauptlehrer Adolf Ohlenschläger von der Volksschule in Badstube-Weinheim in seiner Eigenschaft an die gemerbliche Fortbildungsschule dortselbst.

pp Der Mannheimer Volkstheater ist nach fast stermontlicher reger Arbeit an den Proben, deren Leitung von Kapellmeister Robert Herried in liebreicher Eingabe befehligt wird, am Freitag zum erstenmale seit seinem Bestehen in rein gefelliger Form zusammengelommen.

Vergnügungen.

3 Weihnachtskonzert im Friedrichspark. Am ersten Weihnachtsfeiertage findet nachmittags in den Räumen des Friedrichsparkes ein Konzert der Kapelle Petermann statt unter Leitung des Herrn Kapellmeister Seder.

Table with 2 columns: National-Theaters and Neues Theater. Columns include date, time, and play title.

Kommunales.

* Ausrufbe, 20. Dez. Die Stadtverwaltung hat über die Ausgestaltung des Platzes am Durlacher Tor, des Platzes bei der Kreuzung der Kriegs- und Hofstraße, des Platzes an der Kamap- und Hornstraße und des Platzes bei der Kreuzung der Hof- und Weindrennerstraße unter den bisherigen Bezeichnungen einen Wettbewerb veranstaltet.

Aus dem Lande.

24 Sulzbach (N. Weinheim), 21. Dez. Der hiesige Wirtschaftskreis, der dadurch entstanden war, daß nicht genügend Milch an den Kommunalverband Weinheim abgeliefert wurde, wodurch die hiesige Milchverarbeitung durch einen Genossenschaftsverband notwendig geworden war, hat nun eine Lösung durch Bildung einer Milchgenossenschaft seitens des hiesigen Bauernvereins gefunden.

Handel und Industrie.

Münchener Rückversicherungsgesellschaft.

Bei dem internationalen Charakter des Geschäfts gab es zahlreiche Schwierigkeiten. Im Vordergrund steht das amerikanische Geschäft, das nach Umfang wie Rentabilität für die Münchener Rückversicherungsgesellschaft von größter Bedeutung war.

Die Entwicklung der einzelnen Sparten war folgende: Die Feuerversicherung ist nicht ungünstig verlaufen. Dagegen brachte die Einbruchbranche einen geradezu katastrophalen Schadenverlauf und einen Verlust von über 12 Mill. Mk. für eigene Rechnung.

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 22. Dez. (Draht.) In heimischen Aktien blieb die Tendenz fest. Zu erhöhten Kursen gingen Zellstoff Waldhof (+3%) um. Zellstoff Aschaffenburg waren 6% höher. Gesucht blieben ferner Elek. Deutsch Ubers. 12% höher.

Wirtschaftliche Rundschau.

Ausfall der Mannheimer Warenbörse. Heute Dienstag, und am kommenden Dienstag, den 30. Dezember, fällt die Mannheimer Warenbörse aus.

Lederwerke Rothe A.-G. in Kreuznach. In Ergänzung zu dem kürzlich veröffentlichten Bericht über das Ergebnis des Geschäftsjahres 1918 ist mitzuteilen, daß sich die Aussichten im Laufe des neuen Geschäftsjahres wesentlich gebessert haben und für das laufende Geschäftsjahr ein entsprechend günstiger Abschluß zu erwarten ist.

Zuckerfabrik Heilbronn A.-G. Wie uns mitgeteilt wird, plant die Gesellschaft die Erhöhung des Aktienkapitals auf den Gesamtbetrag von 4 Millionen Mark.

Ausfuhrerlaubnis aus Holland. Die Niederländische Handelskammer für Süddeutschland hat die Ausfuhrerlaubnis aus den Niederlanden für Cichées erteilt.

Schiffsverkehr. Der Dampfer „Rotterdam“ ist am 5. Dezember von Rotterdam abgefahren und ist am 17. Dezember in New-York angekommen.

Neueste Drahtberichte

Deutsche Eisenbahn Signalwerke A.-G. in Bruchsal. * Berlin, 23. Dez. (Eig. Draht.) Eine auf den 15. Jan. anberaumte außerordentliche Generalversammlung soll über die Erhöhung des Kapitals um 5 Millionen Mark durch Ausgabe von 2 1/2 Millionen 6%iger Vorzugsaktien und 2 1/2 Mill. Stammaktien Beschluß fassen.

Verschmelzung der Kaliwerke Großherzog von Sachsen A.-G. mit Gewerkschaft Glückauf Sondershausen.

* Berlin, 23. Dez. (Eig. Draht.) Der Aufsichtsrat der Kaliwerke Großherzog von Sachsen A.-G. hat beschlossen, einen vom Grubenvorstand der Gewerkschaft Glückauf Sondershausen mit Wirkung vom 1. Januar 1920 vorgeschlagenen Betriebsvertrag einer demnächst anzuberaumenden Generalversammlung der Kaliwerke Großherzog von Sachsen A.-G. zur Genehmigung zu unterbreiten.

Berliner Wäsche-Fabrik A.-G. * Berlin, 23. Dez. (Eig. Draht.) Die außerordentliche Generalversammlung der Berliner Wäsche-Fabrik A.-G. genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um den Betrag bis zu 1 Million Mark.

* Berlin, 23. Dez. (Eig. Draht.) Die außerordentliche Generalversammlung der Berliner Wäsche-Fabrik A.-G. genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um den Betrag bis zu 1 Million Mark. Davon werden 750.000 Mk. von der Bank vorm. Carl Simon u. Co. zu 120% übernommen, mit der Verpflichtung, davon Mk. 500.000.— den Aktionären im Verhältnis von 1:2 zu Mk. 125% zum Bezuge anzubieten.

teren Mk. 250.000 sollen unter Ausschluß des Bezugsrechtes der Aktionäre zum Teil der Verwaltung und den Beamten angeboten werden. Die Aussichten für das Geschäftsjahr sind gut. Dieser Monat hat einen Rekordumsatz gebracht, dementsprechend dürfte der Gewinn größer sein.

Der außerordentlichen Generalversammlung der Kammerlich-Werke A.-G. Berlin lag ein Antrag der Verwaltung auf Kapitalerhöhung um Mk. 2,75 Mill. Mark auf 5,75 Mill. Mark vor. Der Vorsitzende begründete die Notwendigkeit der Kapitalerhöhung, die genehmigt wurde.

Die Umsätze der Norddeutschen Gummi- u. Guttaperchawarenfabrik in Berlin, sind, wie wir hören, im abgelaufenen Geschäftsjahr außerordentlich gestiegen. Auch die unerledigten Aufträge haben eine bisher nicht gekannte Höhe erreicht.

Briefkasten.

- H. H. Die Briefe an Exzellenz Feldmarschall von Hindenburg, Dezember...
B. B. Die Zeitungen sind auf eine solche Nachricht einer Korrekturen...
G. G. Das Jubiläum der Einheitsverfassung ist wieder hinausgerückt...
E. E. Die Steuer geht in Ordnung. Sie sind nach dem Umfahrgesetz...

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Dezember

Table with columns: Pegelstation von Rhein, Datum, and Bemerkungen. Shows water level data for various stations.

Wetterausichten für mehrere Tage im voraus.

Unbelagter Nachdruck wird gerichtlich verfolgt. 24. Dezember: Bedeckt, neblig, Niederschlag. 25. Dezember: Bedeckt, neblig, Niederschlag. 26. Dezember: Bedeckt, teils Nebel, Regen, Normaltemperatur. 27. Dezember: Veränderlich, kalt.

Witterungsbericht.

Table with columns: Datum, Barometerstand, Temperatur, etc. Provides weather forecast data.

Schluß des redaktionellen Teils.

Wer errät die 10 Dalkow Ausnahmen in der Woche? 2418

Ein Kraftspender bester Art!

Der Kampf um Leben stellt gegenwärtig an jeden Einzelnen die allerhöchsten Anforderungen. Lebensmittel und Wohngebiete haben eine unerschöpfliche Fülle erreicht. Gleichwohl, Tuberkulose, Nervenschwächen aller Art gewinnen mehr denn je. Die politischen, sich oft überlagernden Ereignisse zehren die Kräfte rascher als sonst auf. Da ist uns denn vor allem die Natur neuer Kraft vorzuziehen. Eine Verbindung mit Eisen, Fett, Rohlebertran, Phosphaten, Nährsalzen und anderen nährstoffreichen Ingredienzien, also eine Kraftnahrung ersten Ranges, ist Bio-Stahl, das die konzentrierten Stoffe in leicht assimilierbarer, lebensstärkender und lebensspendender Form enthält. Es ist kein Kunstprodukt, sondern ein natürliches Kräftigungsmittel, das besonders für den Aufbau und die Ernährung der Weiblich- und Verwundeten von größter Bedeutung ist. Bio-Stahl bereichert die zur Gesundheit unbedingt notwendigen roten Blutkörperchen, verleiht dadurch das Blut in einen normalen, gesunden Zustand und stellt und kräftigt die Nerven. Alle, die sich matt und elend fühlen, die an Blutharm und tragem Stoffwechsel leiden, die von nervösen Beschwerden geplagt sind, bei denen sich allgemeine Kräftigungsmittel bewerkelt machen, und ganz besonders Kinder, die von der Schule abspannt heimkehren, nehmen Bio-Stahl, das bewährte Kräftigungsmittel. Kranke Zustände im Organismus müssen unweilhaft gemacht werden, lebende und mangelhafte Elemente, die zur Erhaltung und zum Aufbau des menschlichen Körpers unbedingt erforderlich sind, müssen ersetzt und ergänzt werden, um die Kräfte und Widerstandsfähigkeiten des Organismus zu heben. Bio-Stahl ist in allen Apotheken und Drogerien zum Preise von 2.50 die Schachtel erhältlich. 2418

Ämterliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde

Mittwoch, den 24. Dezember gelten folgende Notizen:

1. Für die Verkäufer.
Zett: Auslands-Margarine 200 Gramm zu M. 4.00 die Fettmenge 36 in den Verkaufsstellen 720-752 und 805-1008.

Öl: 1 Kiste zu 42 Pfg. für die Eiermarkte 20 in den Verkaufsstellen 1-250.

Milch: Limburgerkäse 100 Gramm zu 26 Pfg. die Milch-faktorenmarkte 12 in den Verkaufsstellen 491-540.

Kartoffeln: Für 2 Pfund Kartoffeln (das Pfund zu 15 Pfg.) die Marke 223 in den Verkaufsstellen 88-306.

Butter: 1/2 Pfund zu 75 Pfg. die Buttermarke 95 in den Verkaufsstellen 901-1008.

Fleisch: In der Woche vom 21.-27. Dezember kommt zur Verteilung: Auf die eine Hälfte der Wurstsorte 200 Gramm Fleischfleisch, davon 50 Gramm in Würfel, auf die andere Hälfte der Wurstsorte 125 Gramm ausl. Fleischfleisch. Das Fleischfleisch kostet das Pfund M. 3.40. Die Wurstsorten sind Dienstag, Mittwoch und Samstag geöffnet.

Juder: 250 Gramm (als Vorfuß für Monat Januar 1920) die Zuckermarkte V in den Kolonialwaren-Verkaufsstellen 1-1008. Infolge Transportwierigkeiten wird sich die Abgabe von Zucker in den Verkaufsstellen des Konsum-Bereichs etwas verzögern.

Stoberzucker: 500 Gramm für die Rindermittelmarkte 45 in den Verkaufsstellen 1-1008. Der Preis beträgt für das Pfund Wurstzucker M. 1.08, für alle übrigen Sorten M. 1.06.

Lebwaren: 200 Gramm für die Kartoffelzuckermarkte 6 in den Kolonialwaren-Verkaufsstellen 1-1008. Das Pfund kostet M. 1.18.

Reismehl: 200 Gramm für die Kartoffelzuckermarkte 7 in den Kolonialwaren-Verkaufsstellen 1-1008. Das Pfund kostet M. 2.40.

Mager- oder Buttermilch: Für 1/2 Liter die Marke 26.

Milchverfälschung.

Am Sonntag, den 21. ds. und Montag, den 22. ds. werden jeweils 75% fette Vollmilch verteilt.

Lebensmittelanlage an junge Mütter.

Die Lebensmittelanlagen für junge Mütter werden wie folgt erweitert:

Sollende und nicht-sollende Mütter erhalten in den ersten 3 Monaten nach der Entbindung einen wöchentlichen Zufuhr von 1/4 Pfund Fett.

Schulisches Lebensmittelanlage C 2, 1819

Mittwoch, den 24. Dezember 1919, vormittags 9 Uhr veröffentlichen wir in der Farnenhaltung Köfnerl fünf zur Nacht unzugänglichen Gegenstände.

Mannheim, den 22. Dezember 1919.

Schul. Gutverwaltung.

Brennholzabgabe.

Die Bezugskarten für die Abgabe des rationierten Brennholzes gelangen von heute an zur Ausgabe. Es werden hierfür freigegeben:

509 auf Marken W 1 u. 2 je 1 Ztr. auf, somit 2 Ztr. Weichholz H 1, 2, 1, 2, 1, 2, 1 Hartholz.

Die Bestellung muß bei der Abgabestelle erfolgen, die auf der Bezugskarte angegeben ist. Die freigegebenen Marken dürfen nur von der Abgabestelle abgetrennt werden. Sämtliche Bezugskarten bleiben im Besitz der Bezugsberechtigten. Sie sind nicht übertragbar. Die Bestellung bei nach der Reihenfolge des Ganges der Befragungen beim Händler zu erfolgen. Der den Händlern zugehende Preis ist auf der Bezugskarte aufgedruckt; höhere Forderungen wären jurisdiktionell und uns zu machen.

Belegkarten sind nach wie vor bei den Gemeindefretariatsstellen, Reudenhelm, Sandhofen, Köfnerl und Rheinau, sowie für die anderen Stadtgebiete bei den Volksgemeinschaften und der Ortsstellen erhältlich.

Mannheim, 22. Dezember 1919.

Ortsstellenliste.

Stadt Karten.

Friedel Keller

Jakob Gassen

Verlobte

Mannheim Kaiserlautern
C 3, 74. Fackelstr. 5.

Weihnachten 1919. 20796

Stadt Karten.

Hermann Buchholz

Else Buchholz

geb. Fäger

Vermählte

Stin a. Rh. Mannheim
Hohenollerweg 98. Rhe. Wagnerstr. 8

St. 7346

Stadt Karten.

Wilhelm Heybach

Lenchen Heybach geb. Mümpfer

Vermählte

Mannheim Diefenwegstraße 8

St. 7420

Das nützlichste

Heilung Weihnachts-Geschenk

Ihr Gemute und Leidende ist ein 576

durch  **Elektrizität**

Wahlmischer elektro = gelr. Kollapparat =

Glanz. Erf. bei Nervenleiden, Rheumatis, Gicht usw.

Verlangen Sie Prosp. bei Herrn Winter, Mannheim U 5, 7. Büro: C 1, 13

Gen.-Vertr. d. Fa. G. Wohlmann & Co., Dresden, Tsch. Vertr. gest.

St. 11143

Wunderkerzen

(Sternkerzen)

Für den Weihnachtsbaum off. bel. liefert an Niederortf. Weiterverkauf nur an Großhändler

Mannheim, Q 7/14a. St. 7302

Hüte

getragen werden wie neu gewaschen, gefärbt modernisiert.

Geogründ. 1878. Preisgekrönt 1902. C 3, 19 1 Trepp.

Gabril Jorgensen. St. 11143

Ein Paar Bergstiefel

St. 41-42 zu verkaufen. Domstraße 25, IV. St. 7024

Fahrräder

und Ersatzteile liefert, taugt und repariert. A. Vieten & Co. N 3, 13b. St. 636

Christbaum-Kerzen

hat preiswert abzugeben. Bismarckstr. 20, II. St. 7332

Restliche Spielwaren

noch sehr billig vor den Festtagen abzugeben. Wegen Bodenmangel in P 5, 13a, 1 Trepp.

Statt besonderer Anzeige.

Unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Tante

Frau Leopold Wolff Wwe.

ist heute nachmittag nach längerem Leiden, jedoch unerwartet rasch, sanft entschlafen.

Viernheim, Mannheim, Walldorf, Chicago, 22. Dezember 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen.

In deren Namen:

Moritz Wolff und Frau, Mannheim

Ludwig Wolff und Frau, Mannheim.

Die Beerdigung findet in Viernheim Mittwoch, den 24. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Todes-Anzeige.

In der Nacht auf 21. ds. Mts. verschied nach langer Krankheit unser langjähriger Beamter

Herr Oswald Spittler

im Alter von nahezu 61 Jahren, nachdem er seit über 28 Jahren als Werkmeister in unseren Diensten stand. Seine stets bewiesene Pflichttreue und sein lauterer Charakter sichern ihm unser ehrendes Gedenken. E132

MANNHEIM, 22. Dezember 1919.

Direktion der Firma Benz & Cie., Rhein. Automobil- und Motorenfabrik A.-G. Abt. Wagenbau.

Todes Anzeige.

Wir geben hiermit Nachricht von dem erfolgten Ableben unseres lieben Kollegen

Herrn Oswald Spittler

Seit über 28 Jahren stand er in unseren Reihen. Sein redliches Wollen, sein zu jederzeit bewiesenes kollegiales Verhalten sichern ihm unser ehrendes Andenken über das Grab hinaus. MANNHEIM, den 22. Dezember 1919. E132

Die Angestellten der Firma Benz & Cie., Rhein. Automobil- und Motorenfabrik, A.-G. Abt. Wagenbau.

Am 21. ds. Mts. nachts verschied unerwartet rasch infolge eines Schlaganfalles unser lieber Bruder, Schwager, Onkel und Freund, Herr

Georg Gaa, Rektor

im 50. Lebensjahre.

Mannheim u. Bammental, den 22. Dezember 1919.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Katharina Bühler geb. Gaa
Ellsabeth Sauler geb. Gaa
Friedrich Bühler
August Sauler
August Löffler, Hauptlehrer
Familie Heusser

Die Feuerbestattung findet statt am Mittwoch, den 24. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr.

Todes-Anzeige.

Am 21. Dezember 1919 verschied Herr

Johann Horschler

Werkmeister

Während 16jähriger treuer Mitarbeit erwarb er sich das Vertrauen seiner Vorgesetzten und die Achtung seiner Untergebenen. Wir verlieren in ihm einen pflichtgetreuen Beamten, dem wir für alle Zeiten ein ehrendes Andenken bewahren.

Mannheim, 22. Dezember 1919.

Direktion der Firma Benz & Cie. Rhein. Automobil- und Motorenfabrik, A.-G. Abt. Wagenbau.

Todes-Anzeige.

Aus einem arbeitsreichen Leben verschied nach kurzer Krankheit am 21. ds. Mts. Herr

Johann Horschler

Werkmeister

In dem leider zu früh Dahingegangenen betrauern wir einen treuen und lieben Kollegen. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Mannheim, 22. Dezember 1919.

Die Angestellten der Firma Benz & Cie. Rhein. Automobil- und Motorenfabrik, A.-G. Abt. Wagenbau.

Heute verschied im 80. Lebensjahre

Herr Louis Jordan

der Vorsitzende unseres Aufsichtsrates. Der Hingegangene war seit dem Jahre 1893 Mitglied unseres Aufsichtsrates. Wir verlieren in ihm einen wertvollen Förderer unserer Gesellschaft, der uns allereit seine reichen Kenntnisse und großen Erfahrungen widmete. Sein Andenken werden wir dankbar in Ehren halten.

MANNHEIM, den 22. Dezember 1919. 12222

Badische Assuranz-Gesellschaft, Aktiengesellschaft Aufsichtsrat. Vorstand.

Restliche Spielwaren

noch sehr billig vor den Festtagen abzugeben. Wegen Bodenmangel in P 5, 13a, 1 Trepp.

Freiwillige Feuerwehr Mannheim.

Unser Kamerad **Josef Maier** Obmann der 3. Kompagnie ist gestorben. St. 1102

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 24. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr statt.

Die Kameraden sämtlicher Kompagnien, werden ersucht, dem Dahingegangenen die letzte Ehre zu erwiesen.

Sammlung nachm. 2 Uhr an der Leichenhalle. Mannheim, den 22. Dezember 1919. Das Kommando.

Bitte.

Die Wenschen und Hinterbliebenen legen den Stiftungsrat der Familie Welpenitzung äußerst in die Lage, den Jünglingen des Welpenitzhauses, die der Liebe jenseits der Eltern entbehren müssen, eine Weihnachtsfeier zu bereiten.

Wir glauben, auch diesmal keine Fechtbitten zu tun, wenn wir uns vertrauensvoll an die Mannheimer Bevölkerung wenden, die stets Opferinn und ein warmes Herz für unsere Waisen gezeigt hat und ein beglückendes Gefühl herein findet, auch andere eine Freude zu bereiten.

Die Unterzeichneten, sowie der Hausvater, Herr Hauptlehrer Georg Gert, Seidenheimerstraße 40 sind gerne bereit, Gaben in Geld, Spielzeug, Naturalien und dergl. in Empfang zu nehmen.

Satzungsrat der Familie Welpenitzung:
Wäcker, Stadtrat, L. 3, 2b; Posthof, Stadtrat, Schwefelgasse 110; Adam Kamardin, Glasermeister, Seidenheimerstraße 78; Adolf Leo, Rechtsanwalt, L. 11, 8; Ludwig Leifer, Stadtdirektor, Mollateiche 6; Friedrich Kipper, Rechtsanwalt, R. 7, 31; August Ludwig, Ingenieur, Dudenring 30. St. 6232

Die große Schar

unterer stehen Krüppel, Sinnen, Dumm, (1000), bitte! In diesem Jahre besonders herzlich, ihrer zum Weihnachtsfest in demselben Jahre zu gedenken. Gelegentlich milde Hand! Freundliche Spenden nimmt dankbar entgegen D. J. Braun, Superintendent, Vorstand der Krüppel-Werke Angerberg Höhe, (Postfach, Rheinh. 3622). 11354

National-Theater Mannheim.
 Dienstag, 23. Dez. 1919. Bei aufgehobenem Abonnement
Sonder-Vorstellung
Das neugierige Sternlein
 Anfang 8 Uhr. Ende 5 Uhr.
 In dieser Vorstellung findet kein Kartenverkauf statt.
Künstlertheater „Apollo“
 Heute zum letzten Male: 12105
„Das Glück vom Niedhof“.
 Morgen Mittwoch keine Vorstellung.
 In den oberen Sälen: **KABARETT.**

Städtische Konzerte im Rosengarten
Weihnachtsabende im Nibelungensaal
 Zwei musikalische Festaufführungen
 Erste Aufführung: Donnerstag, den 25. Dezember
 Zweite Aufführung: Sonntag, den 28. Dezember.
Mitwirkende:
 Der gemischte „Mannheimer Volkchor“
 (erstes öffentliches Auftreten)
 Die verstärkte ehem. Grenzlerkapelle.
Solisten:
 Opernsängerin **Gertrud Runge** (Sopran)
 Opernsängerin **Eber Tuschkau** (Sopran)
 Konzertsängerin **Henny Ario-Schlesinger**
 (Mezzo)
 Konzertsänger **Georg Rnig** (Tenor)
 Pianistin **Luise Schmitt** u. Musikmeister **Heisig**
 (Orgel und Cembalo).
Dirigentes:
 Kapellmeister **Robert Hornried.**
 Musikmeister **Johannes Heisig.**
 Beide Aufführungen haben gesonderte
 Vortragsfolge, finden ohne Wertschaltbetrieb
 statt u. beginnen jeweils abends 7 1/2 Uhr. Am zweiten
 Feiertag wird ein städt. Konzert nicht veranstaltet.
 Der **Kartenverkauf** für beide Konzerte hat
 im Rosengarten begonnen. **Kassenstunden**
 täglich 11—1 und 1 1/2—4 Uhr, an Sonn- und Feiertagen
 11—1 und 1 1/2 bis Konzertbeginn. 54109

Kabarett Rumpelmayer
Bobbi Walter
 u. d. übr. Attraktionen.
 Mittwoch geschlossen.

Jugendtheater im Liedertafelsaal K 2, 32
 Donnerstag, den 25. Dez. u. Freitag, den 26. Dez.
 Geler und zweiter Weihnachtstestag je 1/3 Uhr
Die beiden Waisen
 oder:
 Der Traum eines Kindes in der Christnacht
 Weihnachtstestspiel mit Gesang in 4 Akten. 12200
 Karten ab heute für beide Vorstellungen bei U. 1. 4.
 Donnerstag und Freitag von 11—12 Uhr in der Liedertafel.

Kabarett Rumpelmayer
 Mittwoch geschlossen.
 Donnerstag und Freitag
 je 1/4 und 1/8 Uhr
Grosse
Kabarett-Vorstellungen.

Verein Ostjüd. Frauen E. V. Mannheim.
 Zu der Donnerstag, den 25. Dezember
 1. Jg., abends 7 Uhr im Kinosaal R 1, 1
 stattfindenden
Chanukkah-Feier
 unter freundl. Mitwirkung der Opernsängerin
 Amanda Kuhn laden wir höf. ein. 12216
Der Vorstand.
 1) Preise der Plätze: Mk. 1,10, 2,20 und 3,30
 inkl. Steuer an der Abendkasse.

Wachstuch
 mit prima Leinwand, keine Ersatzware
 Tischlinoleum, Bodenwachs la.
 Tapeten u. Puppenstapeten.
 Tel. 2024. **M. Schüreck F 2, 9.**

Spielwaren-Ausverkauf
 Dampfmaschine, elektr. Eisenbahn, Regelbahn etc. zu jedem
 zweihö. Preise. **Seckenheimerstr. 24.** 12198

LAST-AUTO
 zum Verleihen, Speditionen, 3 Tz., Transport,
 übernimmt Transporten rechts- und linkslenkend
 bei preiswerter Bedienung. Best. Anfragen
 unter N. H. 133 an die Geschäftsstelle d. St. erb.

KL Kammer-Lichtspiele Heute und folgende Tage **Grosses Festprogramm.**
 Tel. 987 Planken D 2, 6

Die Welt der Bestien
 Hochspannendes Tier- und Farmer-Drama in 3 Akten.
 Original-Aufnahmen aus den abenteuerlichsten Wäldern und Steppen.



Überfälle der wilden Eingeborenen wechseln ab mit Kämpfen der Farmer gegen die Ungeheuer
 des Urwaldes wie Löwen, Tiger, Leoparden, Orang-Utangs usw. Eine Handlung voll spannenden
 Inhalt, abwechselnd mit herrlichen Naturszenarien. Noch niemals konnte Gleichartiges
 kinematographisch in dieser Vollendung geboten werden. 12202

Hotel Wasserhose. Heftiges Lustspiel in 3 Akten, in der
 Hauptrolle **Hanna Brinkmann, Paul
 Westermeyer und Werner Kraus.**

DIE HERRIN



DER WELT

Ab 1. Weihnachtstag:
Palast-Theater

Grammophon-Platten
 alt. auch zerbrochen kaufen
 a St. 2-3 Mk. 556
L. Spiegel & Sohn
 Schreibwegstr. u. Markt
Schneide in
 sucht noch Kunden außer dem
 Hause. Ring u. L. S. 90 an
 die Geschäftsstelle d. St. 20011
 1. u. 2. Jagend B. f. 31

Weihnachts-Kerzen
 an Wiederverkäufer u. Grossisten offeriert
 in prima Qualität B 8513
L. Engelhardt
 Fabrikation chemisch-technischer Produkte
Rheinstr. 12 und Schanzstr. 9a (Hof.)

UT
 VORNEHMSTES LICHTSPIELHAUS
 Morgen Mittwoch, 24. Dezbr.
 nachmittags 3 Uhr:
Grosse Kinder-
Vorstellung!
 I. „Müllers Weihnachtsfest“
 II. „Kauft Watteschäfchen“
 III. „Ein Weihnachtsmärchen“
 arrangiert von Fräulein Anna Brecken
 vom Künstlertheater Apollo
Des armen Kindes
Weihnachtswunsch
 Der Weihnachtsmann Herr Eberle
 v. Nationaltheater.
 Die Weihnachtsfee Fräul. Hermann
 v. Künstlertheater.
 Die Mutter. . . . Fräulein Brecken
 Der kleine Hans. Herr Fritz Berger
 Zwerge, Engel, Kinder.
 IV. „Der Weihnachtsmann bei
 den Waldmenschen“
 V. „Peters schönstes Weih-
 nachtsgeschenk“
Vollständig neues Programm!
 Kasseneröffnung 2 Uhr
 Anfang präzis 3 Uhr.
 Parterre 1.— Mk.
 Empore 1.50 „
Jeder Besucher erhält ein
Weihnachts-Geschenk.

Mannheimer Droschkenbesitzer-Verein
 (e. V.)
 Wir bitten das verehrl. Publikum, bei
 Fahrtbestellungen nach Ludwigshafen
 und zurück, stets unsere 12228
Telephon-Zentrale No. 7080
 anzurufen zu wollen.
Der Vorstand.



Vollständige
Büro-Einrichtungen
Schnellste Lieferung
S. GUTMANN
Mannheim Q. 3. 16

Seibhersteller sucht Sabengehälte, die den
 Verkauf seiner gelte. 12224
Leuchterkerze
 aus Wessing, fein poliert, nebst Brennstoff
 übernehmen wollen. Auch Herren oder Damen,
 die den Vertrieb wünschen, werden ihre Adresse
 unter P. D. 179 an die Geschäftsstelle d. St.
 einreichen.